

mals abgebrochen. Trotzdem sei die Wirtschaft Beijings keineswegs angeschlagen. 1985 hätten immerhin 185 Joint Ventures, Kooperationsunternehmen und Betriebe mit ausschließlich ausländischem Kapital genehmigt werden können (= 25% gegenüber 1988) (BRu 1990, Nr.12, S.7).

Trotz aller Bemühungen um eine volle internationale Rehabilitierung bleibt das Image Chinas jedoch angeschlagen. Außerdem wird die VR in den nächsten Jahren vermutlich als "less important country" gelten. Zum einen hat eine allgemeine "Enttäuschung" um sich gegriffen: man hatte sich vom China Deng Xiaopings soviel Positives erwartet und wurde dann wie aus heiterem Himmel enttäuscht. Darüber hinaus hat es sich in der Zwischenzeit auch in der Geschäftswelt herumgesprochen, daß die Bäume in China nicht in den Himmel wachsen. Kleinere Fehler, über die man vorher optimistisch hinweggesehen hatte, haben durch die Juniereignisse Großdimensionen erhalten. Drittens aber ist die Chinakarte im Zeichen der schwindenden Bedrohung von Seiten der Sowjetunion inzwischen so gut wie wertlos geworden. Ein Moskaubesuch wie der des Ministerpräsidenten Li Peng im Februar 1990 hätte noch vor wenigen Jahren die Aufmerksamkeit aller Welt auf sich gezogen, ging jedoch diesmal in den Nachrichten so gut wie verloren. Jahrelang konnte China die USA gegen die Sowjetunion ausspielen - doch davon ist kaum noch etwas geblieben. War China Anfang der 80er Jahre weit über Gebühr beachtet worden, so fällt der Rückschlag zu Beginn der 90er Jahre um so mehr ins Auge. Dies bekommen nicht zuletzt auch Auslandskorrespondenten zu spüren, die ihre Berichte über die VRCh kaum noch absetzen können.

Gleichzeitig hat das Ansehen Taiwans wieder zugenommen.

Die chinesische Führung hat erfahren müssen, wie schnell ein Image zerstört werden kann, das aufzubauen viele Jahre kostet. -we-

\*(5)

#### Beziehungen mit NROen (Nichtregierungsorganisationen)

In einer Zeit, da es um die offiziellen Beziehungen der VRCh nicht allzu gut bestellt ist, legt Beijing um so größeren Wert darauf, mit internationalen

NROen ("Nongovernmental Organizations") zusammenzuarbeiten. Bisher gibt es Beziehungen zu über 100 NROen aus 10 Ländern, vor allem aus den USA, Kanada, der Bundesrepublik (man denke hier an die parteinahen Stiftungen), Großbritannien, Frankreich, Australien und Japan, die bisher rd. 60 Projekte hauptsächlich in den Provinzen Shandong, Henan, Hebei, Guizhou und Yunnan sowie in der AR Guanxi durchgeführt haben. Es handelt sich hierbei um Projekte, die mit Trinkwasser, Obstanbau, Viehzucht, Textilindustrie, Medizin und Lehrerausbildung zu tun haben, die also wirklich entwicklungseffizient sind.

China möchte mit weiteren NROen Beziehungen aufnehmen. Insgesamt gibt es, wie man in Beijing zwischenzeitlich festgestellt hat, auf der Welt rd. 10.000 NROen mit einem geschätzten Ausschüttungsvolumen von 5 Mrd.US\$ pro Jahr (XNA, 29.4.90). -we-

\*(6)

#### Vergleich zwischen Opiumkrieg und heute

Am 3.Juni 1990 jährte sich zum 150. Mal der Tag, an dem der Opiumkrieg ausbrach, der zwei Jahre später zum "Schandvertrag" von Nanjing führte, aufgrund dessen das damalige kaiserliche China Hongkong abzutreten, fünf Hafenstädte zu öffnen und eine Kontribution von 21 Mio. Silberdollar zu zahlen hatte. Mit diesem Vertrag sank China zu einer "Halbkolonie" herunter, d.h. einem Land, das an der Küste voll unter kolonialem Einfluß stand und nur im Hinterland noch gewisse Eigenbefugnisse hatte. Seit 1842 habe China jedem äußeren Druck nachgeben müssen, sei gedemütigt und ausgebeutet worden. Erst 1949 habe man mit der "Befreiung" diesen demütigenden Zustand beenden können. Die Lehren aus der Geschichte seien klar: Niemals und unter keinen Umständen wolle "das chinesische Volk" wieder äußerem Druck nachgeben oder von seinem Sozialismus lassen, der in den letzten 10 Jahren, d.h. seit Einführung der Reform- und Öffnungspolitik zu jährlichen BSP-Wachstumsraten von 9,6% geführt habe. Wirtschaftssanktionen und andere grobe Einmischungsversuche in innere Angelegenheiten, wie sie beispielsweise unter dem Vorwand der Wahrung

von Menschenrechten erfolgten, würden nicht hingenommen. Die Geschichte zeige, daß Isolationsmaßnahmen nur vorübergehender Natur seien. Die Abwehr von Einmischungsversuchen dürfe keineswegs als "Xenophobie" betrachtet werden.

Dem nationalen Kapitalismus, der in den Jahren nach 1842 entstanden sei und der sich den halbkolonialen Verhältnissen habe beugen müssen, sei es nicht gelungen, China zu retten. Erst der Sozialismus habe dies geschafft (XNA, 3.6.90).

Nach traditioneller chinesischer Auffassung ist Geschichte nicht Vergangenheit, sondern ewig wiederkehrende Gegenwart und dient insofern als ein Schatzhaus von Erfahrungen. Die Lehren des Opiumkriegs für die Gegenwart sind klar: Der Sozialismus muß erhalten bleiben und die momentane wirtschaftliche Isolation durchgestanden werden. "Einmischungen" seien entschieden zurückzuweisen. -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(7)

#### Deng Xiaoping über Stabilität, Chaos und Bürgerkrieg

Einem Bericht der Hongkonger KPCh-Zeitung *Wen Hui Bao* zufolge hat Deng Xiaoping bei seinen Treffen mit ausländischen Gästen in den vergangenen Wochen vor allem auf folgende zwei Aspekte der künftigen Entwicklung Chinas hingewiesen:

1)

China befindet sich trotz verschiedener Isolierungsversuche von Seiten westlicher Staaten in einer historisch äußerst günstigen Situation. Eine derart günstige Lage hat es für China seit mehreren Jahrhunderten nicht mehr gegeben, und seit dem Ausbruch des Opiumkriegs vor rund 150 Jahren hat China nicht mehr die ihm eigentlich zustehende Rolle in der Weltpolitik gespielt. Deshalb sollte die sich jetzt bietende günstige Gelegenheit von der chinesischen Nation und allen Chinesen auf der ganzen Welt ausgenutzt werden. Deng Xiaoping begründete seine optimistische Einschätzung der gegen-

wärtigen Situation Chinas mit dem vergleichsweise stabilen Umfeld Chinas und mit der relativ schnellen Entwicklung nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet sondern auch in anderen Bereichen. Dies sei das Ergebnis der zehnjährigen Reform- und Öffnungspolitik, an der festgehalten werden müsse, da China ansonsten keine Zukunft habe. Nach Ansicht von Deng wird die gegenwärtig günstige historische Situation jedoch nicht zum Vorteil Chinas ausgenutzt werden können, wenn China den Sozialismus aufgeben würde, denn dann würde China ins Chaos fallen und alles verlieren. Wenn in China das Chaos herrsche, könne es nichts zustandebringen.

2)

Stabilität ist von allergrößter Bedeutung für China. Wenn China instabil ist, ist auch die Welt instabil. Was wäre zu tun, wenn in China ein Bürgerkrieg ausbräche? Sollte ein Bürgerkrieg in China ausbrechen, dann würde das ein endloser Kampf sein, und keiner wäre in der Lage, ihn zu beenden. Wenn in China das Chaos ausbräche, dann würde es eine große Auswanderungswelle geben, und keiner könnte sie stoppen. Wenn 10 Millionen Chinesen nach Thailand, 100 Millionen nach Indonesien und nur 500.000 nach Hongkong flüchteten, würde das dort zu einem riesigen Chaos führen. Deshalb sollten ausländische Staatsmänner mit einem Sinn für Verantwortung für China und für die Welt Verständnis zeigen für die Politik der chinesischen Kommunisten. (Wen Hui Bao, Hong Kong, 16.6.90, in: SWB, 18.6.90)

Dengs Argumentationskette war also wie folgt: Die Reform- und Öffnungspolitik hat für China eine einmalige historische Chance eröffnet. Diese Chance kann jedoch nur dann genutzt werden, wenn Stabilität herrscht, und Stabilität kann nur unter sozialistischen Verhältnissen gewahrt werden. -sch-

\*(8)

**Deng Xiaoping über die Studentenbewegung 1989**

Die Hongkonger KPCh-Zeitung *Da Gong Bao* gab am 5. Juni 1990 folgende Auszüge von Äußerungen Deng Xiaopings über die Studentenbewegung 1989 wieder, die dieser bei seinem Gespräch mit Altbundeskanzler Helmut Schmidt gemacht hatte:

"Ich glaube, daß der Zwischenfall vom 4. Juni [liusi shijian; sic!] bald bewältigt sein wird, und wir legen großen Wert darauf, aus den Erfahrungen zu lernen. Wir haben nie den Studenten und den Jugendlichen die Schuld dafür gegeben. Das Hauptproblem bestand innerhalb der Partei, vor allem bei gewissen hochrangigen Personen innerhalb der Partei. Wir haben keinen Grund, den Jugendlichen die Schuld zu geben, denn wir waren es, die unter den Jugendlichen zu wenig Arbeit geleistet haben."

"Sehr viele Studenten sind da hineingezogen worden, weil sie meinten, in der Partei gäbe es Leute, die sie unterstützten."

"Bei uns im Land spielt dieses Problem eine immer geringere Rolle. Der Einfluß auf die Wirtschaft ist auch nicht groß. Im Investbau ging nicht ein Arbeitstag verloren. Deshalb hat bei uns diese Sache [zhe jian shi] die Vier Modernisierungen im wesentlichen nicht behindert, und sie hat auch nicht die Reform- und Öffnungspolitik beeinträchtigt."

-sch-

\*(9)

**Posten des Direktors der ZK-Einheitsfrontabteilung nach wie vor unbesetzt**

Der Posten des Direktors der ZK-Einheitsfrontabteilung ist nach wie vor offenbar unbesetzt: Auf einer hochrangig besetzten nationalen Konferenz über Einheitsfrontarbeit vom 11. bis 16. Juni trat lediglich ein stellvertretender Direktor dieser wichtigen ZK-Abteilung auf (RMRB, 12., 15. und 17.6.90). Dies ist ein weiteres Indiz dafür, daß Yan Mingfu (59) im Anschluß an die blutige Niederschlagung der Studentenbewegung vom Amt des Direktors der ZK-Einheitsfrontabteilung entbunden wurde (siehe auch C.a., April 1990, Ü 12). -sch-

\*(10)

**Nationale Einheitsfrontkonferenz**

Eine nationale Konferenz über Einheitsfrontarbeit fand vom 11. bis 16. Juni 1990 in Beijing statt, an der außer Ministerpräsident Li Peng alle Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros teilnahmen. In einer Grundsatzrede bezeichnete ZK-Generalsekretär Jiang Zemin den Patriotismus und den Sozialismus als die politische Basis der Einheitsfront der KPCh mit einer möglichst großen Zahl von Nichtkommunisten. Patriotismus und Sozialismus seien im heutigen China ihrem Wesen nach gleich, und die wichtigste politische Trennungslinie sei, ob man patriotisch ist oder nicht. Das Wesen der Einheitsfront sei es, die große Mehrheit zu vereinigen und die Feinde zu isolieren. Sodann beschwor Jiang die Führung der KPCh über die Einheitsfront, die Aufrechterhaltung der Vier Grundprinzipien und den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung. Vor allem den Mitgliedern der Demokratischen Parteien und anderer nicht formell zur KPCh zählenden Organisationen empfahl der Parteichef das Studium des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen sowie der Werke Deng Xiaopings und anderer "proletarischer Revolutionäre der älteren Generation". Unter der Führung der KPCh soll sich die "sozialistische Demokratie" entfalten, d.h. die Partei ermutigt die Demokratischen Parteien und nichtparteigebundene Persönlichkeiten, an ihren "korrekten" Ansichten festzuhalten und der Partei Ratschläge zu erteilen. (RMRB, 12.6.90)

In seiner Rede zum Abschluß der Konferenz nannte Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen u.a. folgende Voraussetzungen, die ein qualifizierter Einheitsfront-Kader erfüllen müsse:

- In allen Fragen die gleichen Ansichten vertreten wie das ZK der KPCh.
- Festhalten am Wirtschaftsaufbau als der zentralen Aufgabe und Festhalten an den Vier Grundprinzipien und an der Reform- und Öffnungspolitik als den zwei grundlegenden Rahmenbedingungen.
- Bewahrung der Stabilität als der gegenwärtig wichtigsten Aufgabe der Einheitsfront. (RMRB, 17.6.90)

-sch-

\*(11)

**Vertreter demokratischer Parteien gegen Mitgliederbeschränkung**

Auf der nationalen Konferenz über Einheitsfrontarbeit Mitte Juni 1990 in Beijing sollen Vertreter der 8 demokratischen Parteien darüber geklagt haben, daß sie nach wie vor einer strikten Beschränkung ihrer Mitgliederzahl unterliegen (Zhengming, Juli 1990, S.

18). Die Mitgliederquoten der einzelnen Parteien werden nach wie vor von der KPCh-Führung festgelegt, worin sich einmal mehr die immer wieder beschworene Führung der KPCh über die Einheitsfront manifestiert. Die Mitgliederzahl aller 8 demokratischer Parteien beläuft sich insgesamt auf lediglich 337.000 in 1.666 lokalen Parteiorganisationen (XNA, 9.6.90). -sch-

\* (12)

#### Unabhängigkeitsbestrebungen in der Inneren Mongolei

Außer in Tibet und in Xinjiang wurden in den letzten Monaten auch in der Inneren Mongolei Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit laut. Wie die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* in ihrer Juli-Ausgabe (S.20) berichtete, soll es im Autonomen Gebiet Innere Mongolei von Dezember 1989 bis Ende April 1990 zu fast 20 Zwischenfällen gekommen sein, bei denen Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit und Demokratie erhoben wurden. Die größten Demonstrationen fanden vom 26. bis 28. Mai 1990 in Hohhot, der Hauptstadt der Inneren Mongolei, statt, als bis zu 40.000 Mongolen auf die Straße gingen und die Schaffung einer unabhängigen Mongolischen Republik forderten. Als sich die Menge dem Regierungssitz näherte, kam es offenbar zu schweren Auseinandersetzungen mit Polizeikräften und VBA-Truppen: Sieben Personen wurden getötet und über 200 verletzt. Noch während der Auseinandersetzungen sollen die Grenzen geschlossen, die Nachrichtenverbindungen unterbrochen und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt worden sein. Hinter den Unabhängigkeitsbestrebungen sollen zwei Organisationen stehen, die von mongolischen Zivilisten gegründet wurden und die für einen Zusammenschluß der Inneren Mongolei mit der Äußeren Mongolei (Mongolische Volksrepublik) zu einer unabhängigen Mongolischen Republik eintreten: Das "Komitee für nationale Selbstverwaltung der Inneren Mongolei" (Neimenggu minzu zizhi weiyuanhui) und die "Front für die asiatisch-mongolische Freiheit" (Yazhou menggu ziyou chenxian). In der offiziellen chinesischen Presse war von separatistischen Zwischenfällen in der Inneren Mongolei nicht berichtet worden. -sch-

\* (13)

#### Schwerwiegender Charakter der April-Unruhen in Xinjiang

Die blutigen Unruhen in der Nähe von Kaschgar im Autonomen Gebiet Xinjiang Anfang April haben offenbar einen weitaus brisanteren Hintergrund als anfangs ersichtlich war (siehe C.a., April 1990, Ü 15). Nach neueren Informationen scheint das von der Han-chinesischen Führung ausgesprochene Verbot des Baus einer neuen Moschee in der Gemeinde Baren nicht die eigentliche Ursache für die schweren Auseinandersetzungen darzustellen, sondern lediglich die antichinesische Stimmung unter den dort lebenden Kirgisen verstärkt zu haben, denn eine im März erlassene Verfügung untersagt in allen Gebieten - und nicht nur in Baren - prinzipiell den Neubau von Moscheen und die Gründung von Koranschulen (J.Kahl in: SZ, 28./29.4.90).

Aus offiziellen chinesischen Darstellungen in den Medien von Xinjiang und aus Informationen eines Ausländers, der das Gebiet bereiste und mit Bewohnern sprach, ergibt sich vielmehr, daß die Unruhen in Baren von einer islamisch und pantürkisch ausgerichteten Unabhängigkeitsbewegung ausgingen und daß durch den Einsatz chinesischer Sicherheitskräfte quasi in letzter Minute ein größerer antichinesischer Aufstand verhindert werden konnte (IHT, 10.5.90; Xinjiang TV, 22.4.90, in: SWB, 24.4.90 u.a.).

Aus den vorliegenden Quellen ist zu entnehmen, daß von einer Untergrundbewegung für ein "Freies Ostturkestan" für den 13. April Unruhen in sieben Oasenstädten entlang der Seidenstraße geplant worden waren. Diese nach chinesischer Auffassung "konterrevolutionäre Organisation" soll den Namen "Islamische Partei von Ostturkestan" tragen und die Muslime von Xinjiang zu einem "heiligen Krieg gegen die [Han-chinesischen] Heiden" aufgefordert haben. Ein weiterer Slogan hieß: "Vereinigung des ganzen Volkes der türkischen Nationalität! Lang lebe das große Ostturkestan!" Ziel der Separatisten soll die Schaffung einer "Republik Ostturkestan" sein. Führer der Untergrundbewegung soll ein gewisser Abul Kasim sein, der von afghanischen Widerstandskämpfern (sic!) mit Waffen und Munition für den am 13. April geplanten Aufstand gegen die chinesische Herrschaft ausgerüstet

worden sein soll. Rein zufällig sollen die chinesischen Sicherheitsorgane Anfang April von den Vorbereitungen für den Aufstand in der Gemeinde Baren erfahren und danach Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei und Milizverbände in Marsch gesetzt haben. Bei den darauffolgenden heftigen Auseinandersetzungen sollen nach offizieller chinesischer Darstellung zunächst sieben Sicherheitskräfte und danach 15 Aufständische ums Leben gekommen sein - nach Angaben von Touristen jedoch insgesamt mindestens 50.

Die Unruhen waren nicht lokal auf Baren beschränkt: Kurz danach kam es in Kashgar, Artush, Yili und Urumqi zu teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und den für Unabhängigkeit demonstrierenden Muslimen (IHT, 10.4.90; J.Kahl in: SZ, 28./29.4.90).

Die chinesische Führung in Xinjiang reagierte mit erheblicher Besorgnis auf die nationalistischen Unruhen unter den Minderheiten in Xinjiang. Indizien hierfür sind eine Vielzahl von Sitzungen verschiedener Organe zu diesem Thema und eine sehr ausführliche Berichterstattung in den Medien über die Unruhen. Der Vorsitzende der Beraterkommission des Parteikomitees von Xinjiang, Wang Enmao, machte "imperialistische Infiltration und Subversion" verantwortlich für das Aufleben der separatistischen Bemühungen zur Gründung einer "Republik Ostturkestan" (Xinjiang TV, 25.6.90, in: SWB, 28.6.90). Tomur Dawamat, Vorsitzender des Volkskongresses von Xinjiang bezeichnete "den konterrevolutionären bewaffneten Aufstand" in Baren als "einen extrem schwerwiegenden Zwischenfall" (Xinjiang TV, 8.5.90, in: SWB, 10.5.90)

Die Beijinger Zentrale entsandte Ende Mai den Vorsitzenden der Zentralen Kommission für nationale Minderheiten Ismail Amat und seinen Stellvertreter Zhao Yannian zu einer Inspektionsreise in das Krisengebiet. Ismail Amat beschwor dabei die Stabilität und Einheit Chinas und forderte die islamischen Gläubigen auf, sich an die Gesetze zu halten und patriotisch zu handeln (Radio Xinjiang, 10.6.90, in: SWB, 12.6.90).

In Xinjiang scheinen mittlerweile mehrere pantürkische Befreiungsbewegungen zu operieren. Zumindest eine von

ihnen scheint Unterstützung zu erhalten von dem heute 89jährigen Isa Jusuf Apteki (chin.: Aisha), der einmal Generalsekretär der Unabhängigen Republik Ostturkestan (1944-1949) war und heute in Istanbul lebt. Daneben finden Vertreter des islamischen Fundamentalismus zunehmend Anhänger unter den rund 8 Millionen Muslimen in Xinjiang. Möglicherweise stehen sie hinter dem Aufstandsplan in Südwest-Xinjiang. Nicht nur die Waffenlieferungen von afghanischen Widerstandskämpfern könnten ein Indiz hierfür sein, sondern auch der Aufruf der zunächst einmal niedergeschlagenen Aufständischen, einen "heiligen Krieg" gegen die marxistisch-leninistischen "Heiden" aus Beijing zu führen. Ein Kommentar des lokalen Rundfunksenders führte die Forderung nach Gründung einer unabhängigen "Republik Ostturkestan" auf die im November 1933 "mit Unterstützung des britischen Imperialismus" in Kashgar (sic!) ausgerufene "Islamische Republik Ostturkestan" zurück (Radio Xinjiang, 10.5.90, in: SWB, 14.5.90)

Durch ähnliche separatistische Entwicklungen in der Sowjetunion hat sich die Lage für die Chinesen in Xinjiang verschärft: Gegenüber dem Autonomen Bezirk Kisilsu, zu dem Baren zählt und in dem rund 120.000 Kirgisen leben, liegt die Sowjetrepublik Kirgisien, wo es Anfang dieses Jahres anti-russische Unruhen gab. -sch-

\*(14)

#### Häufung von Todesurteilen und Hinrichtungen

Im Rahmen einer verstärkten Bekämpfung der stark angewachsenen Schwerekriminalität sind in den letzten Wochen in erhöhtem Maße Todesurteile verhängt und Hinrichtungen vollzogen worden. Die folgende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- In Guangzhou, Provinz Guangdong, wurden Ende April 21 Personen hingerichtet.
- In Beijing wurden am 28. April vier Straftäter hingerichtet.
- In der Inneren Mongolei wurden am 3. Mai drei Mörder hingerichtet.
- In Lanzhou, Provinz Gansu, wurden am 15. Mai vier Straftäter hingerichtet.

- In Tibet wurden am 17. Mai zwei Todesurteile vollstreckt.

- In Chengdu, Provinz Sichuan, wurden in der zweiten Mai-Hälfte neun Menschen hingerichtet.

- In Shanghai wurden in der zweiten Mai-Hälfte zehn Personen zum Tode verurteilt.

- In Zhengzhou, Provinz Henan, wurden am 26. Mai elf Menschen hingerichtet.

- In Beijing wurden am 30. Mai elf Personen hingerichtet.

- In Nanjing, Provinz Jiangsu, wurden am 11. Juni elf Hinrichtungen vollzogen.

- In Shanghai wurden zwischen dem 11. und 15. Juni mindestens vier Straftäter hingerichtet.

- In Zhejiang wurden am 12. Juni fünf Hinrichtungen vollzogen.

- In Tibet wurden am 15. Juni 1990 vier Todesurteile verhängt.

- In Shanghai wurden in der zweiten Juni-Hälfte fünf Personen hingerichtet.

- In Jinzhou, Provinz Liaoning, wurden am 22. Juni 12 Todesurteile verhängt.

- In Yunnan wurden am 26. Juni 14 Drogenhändler hingerichtet.

- In Hunan wurde am 26. Juni ein Straftäter hingerichtet.

- In Shenyang, Provinz Liaoning, wurden am 26. Juni fünf Todesurteile verhängt.

- In Dalian, Provinz Liaoning, wurden am 27. Juni zehn Straftäter hingerichtet.

- In Guangzhou, Provinz Guangdong, wurden am 27. Juni 41 Straftäter hingerichtet

\*(15)

#### Weitere 97 Teilnehmer an der Studentebewegung aus der Haft entlassen

Ein Sprecher des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit gab am 6. Juni die Freilassung von weiteren 97 Teilneh-

mern an der Protestbewegung im Frühjahr und Frühsommer 1989 bekannt. 76 Personen wurden in Beijing auf freien Fuß gesetzt, davon 21 Studenten, unter ihnen die Studentenfürer Xiong Wei und Zhou Fengsuo. In Shanghai wurden 21 Personen aus der Haft entlassen, darunter Chen Qiwei, stellvertretender Direktor der Abteilung für Wirtschaftswissenschaften der Huadong-Universität, und Yang Lujun, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Shanghai Akademie für Sozialwissenschaften (RMRB, 7.6.90)

Damit sind seit Anfang des Jahres 881 Teilnehmer der Protestbewegung aus der Haft entlassen worden, davon allein 860 in Beijing. Den offiziellen Angaben zufolge sitzen in Beijing nach wie vor 355 Personen wegen ihrer Teilnahme an der Studentenbewegung im Gefängnis (XNA, 19.6.90), darunter Wang Dan und Ren Wanding. Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* berichtete von einem internen Papier des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit, demzufolge im ganzen Land noch über 3.700 Teilnehmer an der Protestbewegung inhaftiert sind. In dieser Zahl sind die Inhaftierten in Beijing und Personen, die während der Bewegung Straftaten begingen, nicht enthalten. (*Zhengming*, Juni 1990, S. 19)

\*(16)

#### Hou Dejian nach Taiwan abgeschoben

Der bekannte Sänger und Oppositionelle Hou Dejian (33) ist von der KPCh-Führung nach Taiwan abgeschoben worden. Am 16. Juni war Hou von VRCh-Sicherheitsbeamten mit einem Militärflugzeug nach Fuzhou in der Provinz Fujian verbracht worden. Am 17. Juni wurde er dann von einem Boot der VRCh-Küstenwache aufs Meer gebracht, wo er einem taiwanesischen Fischerboot übergeben wurde. Auf Taiwan kam er am Morgen des 20. Juni an. In Taipei stellte er sich am gleichen Tag den Sicherheitsbehörden, die ihn zunächst wegen "illegaler Einwanderung" verhafteten und einer umfangreichen Befragung über seine Heimkehr unterzogen. 24 Stunden später wurde Hou jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt und durfte zu seiner Mutter zurückkehren, die er nach seiner Ankunft auf Taiwan zunächst aufgesucht hatte. Nach eigenen Angaben war Hou von den Beijinger Behörden vor die Wahl gestellt worden, nach

Taiwan zurückzukehren oder eine Haftstrafe auf sich zu nehmen. Er sei bearbeitet worden, seine "Fehler" einzugestehen, was er jedoch verweigert habe, berichtete Hou weiter. (CBS, Taibei, 20.6.90; in: SWB, 22.6.90; FT, IHT, SZ, 22.6.90; NZZ, 23.6.90; AW, 13.7.90)

Hou war im Jahre 1983 von Taiwan in die Volksrepublik China übergewechselt, wo er seine Karriere als Popsänger erfolgreich fortsetzen konnte. Im Mai 1989 schloß sich Hou Dejian der Studentenbewegung an. Am 2. Juni trat er auf dem Tiananmen-Platz zusammen mit Gao Xin, Liu Xiaobo und Zhou Duo in einen Hungerstreik. Hou führte am frühen Morgen des 4. Juni erfolgreiche Verhandlungen mit VBA-Vertretern über einen friedlichen Abzug der Studenten vom Tiananmen-Platz, und er hat zweifelsohne erheblichen Verdienst an dem im wesentlichen unblutig verlaufenen Abmarsch der Studenten. Nach der Niederschlagung der Bewegung flüchtete Hou in die australische Botschaft, wo er sich 10 Wochen lang aufhielt. Nach dem Verlassen der australischen Botschaft blieb Hou auf freiem Fuß und entwickelte sich zu einem scharfen Kritiker der politischen Führung. In erstaunlich offen geführten Interviews mit ausländischen Journalisten bezeichnete Hou chinesische Spitzenpolitiker als "verrückte Hunde" und Deng Xiaoping gar als "Mörder". (FT, 2.6.90; AWSJ, 21.6.90)

Am 31. Mai wurde Hou Dejian zusammen mit Gao Xin und Zhou Duo verhaftet, weil sie eine Pressekonferenz angesetzt hatten, auf der sie einen offenen Brief an die chinesische Führung bekanntmachen wollten, in dem die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert wurde. Damit war das Maß an Toleranz gegenüber dem prominenten Überläufer aus Taiwan erreicht: KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin beschloß kurzerhand, das enfant terrible nach Taiwan auszubürgern, und Sicherheitschef Qiao Shi übernahm die Ausführung (Zhengming, Juli 1990, S. 8). -sch-

\*(17)

**Gao Xin und Zhou Duo wieder aufgetaucht**

Die Ende Mai 1990 von Sicherheitskräften festgesetzten Dissidenten Gao Xin und Zhou Duo sind Mitte Juni wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Zusammen mit Hou Dejian hatten sie eine Pressekonferenz abhalten wollen, auf der ein offener Brief an die politische Führung verlesen werden sollte, in dem die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert wurde. (NZZ, 22.6.90; C.a., Mai 1990, Ü 10) -sch-

\*(18)

**Fang Lizhi und Li Shuxian freigelassen**

Der Astrophysiker Fang Lizhi und seine Frau Li Shuxian, ehemalige Assistenzprofessorin an der Beijing-Universität, haben die offizielle Erlaubnis erhalten, China zu verlassen, um sich im Ausland medizinisch behandeln zu lassen. Dies teilte ein Sprecher des Ministeriums für öffentliche Sicherheit am 25. Juni 1990 mit (vgl. RMRB, GMRB, XNA, 26.6.90). Das Ehepaar war im vergangenen Jahr unmittelbar nach der gewaltsamen Unterdrückung der Demokratiebewegung auf dem Tiananmenplatz in die US-amerikanische Botschaft geflohen und hatte diese seitdem nicht verlassen können. Wie der Sprecher weiter mitteilte, hätten Fang Lizhi und Li Shuxian an die zuständigen Behörden einen Brief geschrieben, indem sie zugeben hätten, die vier Grundprinzipien abgelehnt und damit gegen die chinesische Verfassung verstoßen zu haben. Sie hätten um Erlaubnis gebeten, zwecks medizinischer Behandlung ins Ausland reisen zu dürfen. Sie hätten versprochen, sich im Ausland nicht an Aktivitäten zu beteiligen, die sich gegen China richten. Angesichts dieser "Zeichen von Reue" und angesichts ihrer Krankheit sowie aus humanitären Erwägungen habe das Beijinger Amt für öffentliche Sicherheit beschlossen, die beiden zwecks medizinischer Behandlung ins Ausland reisen zu lassen. Dies stehe in Einklang mit Chinas Politik der Nachsicht gegenüber denjenigen, die an den Unruhen teilgenommen hätten.

Das Original des Briefes, den Fang Lizhi an die chinesischen Behörden geschickt hat, wurde vom US-Außenministerium nach der Ausreise von Fang und Li bekanntgemacht. Es wurde von der Hongkonger Zeitung *Ming Bao* am 4. Juli veröffentlicht und hat folgenden Wortlaut (nach SWB, 5.7.90):

"1. Ich bin gegen die vier in der Präambel der Verfassung aufgeführten Grundprinzipien, weil deren

Funktion darin besteht, die auf 'Klassenkampf' beruhende politische Struktur beizubehalten. Ich stelle fest, daß diese politische Position gegen die Präambel der Verfassung verstößt.

2. Ich stelle den Antrag, ins Ausland zu reisen, um meine Freunde und Verwandten im Ausland zu besuchen und um mich notwendiger ärztlicher Behandlung zu unterziehen. Ich hoffe, die chinesische Regierung wird mein Ersuchen humanitär bewerten.
3. Der Zweck der Auslandsreise ist auf akademischen Austausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit gerichtet. Wir werden alle Aktivitäten schätzen und begrüßen, die Chinas gesellschaftlichem Fortschritt dienen, und von der Teilnahme an allen Aktivitäten absehen, die das Gegenteil zur Folge haben und gegen China gerichtet sind.

Beijing, den 22. Juni 1990."

Es ist unschwer zu erkennen, daß die chinesische Seite das Schreiben zwecks Gesichtswahrung in ihrem Sinne ausgelegt hat. In einem Interview (*Der Spiegel*, 29/1990, S.116-120) hat Fang Lizhi den Inhalt seines Briefes gemäß obigem Original bestätigt und dargelegt, daß er keine Bedingungen der chinesischen Regierung akzeptiert habe, also auch keine Reue gezeigt habe.

Das Ehepaar verließ China an Bord einer US-Militärmaschine, die es nach Großbritannien brachte. Die prestigereiche Royal Society hatte den Astrophysiker nach England eingeladen. Dort wird er an der Universität Cambridge als Gastwissenschaftler tätig sein (IHT, 27.6.90).

Die Freilassung Fang Lizhis war offensichtlich auf internationalen Druck hin erfolgt, der nicht nur von amerikanischer, sondern auch von anderer Seite ausgeübt wurde, z.B. vom italienischen Regierungschef Andreotti (HB, 26.6.90). Auch der frühere US-Präsident Nixon soll vermittelt haben (SZ, 2.7.90), wie überhaupt der Freilassung umfangreiche Geheimverhandlungen vorausgegangen waren (FT, 26.6.90). Die internationale Presse weist darauf hin, daß es sich nicht allein um einen humanitären Akt der chinesischen Regierung handelte, sondern daß dahinter handfeste Interessen standen und das Bemühen, wieder in die internationalen Wirtschaftskontakte einge-

bunden zu sein. Der Zeitpunkt war geschickt gewählt: Im US-Kongreß stand eine Debatte über die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel und weiterer Handelsvorteile für China an, und auf dem im Juli stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel in Houston, wo sich insbesondere Japan für westliche Investitionen in China stark machen würde, standen ebenfalls Hilfen für China auf der Tagesordnung (AWSJ, 26.6.90; FT, 26.6.90; IHT, 27. u. 28.6.90; NZZ, 27.6.90).

Möglicherweise führt die Freilassung Fang Lizhis und seiner Frau zu einer Lockerung der seit den Juni-Ereignissen 1989 eingefrorenen Beziehungen zwischen China und den westlichen Ländern. In dem oben erwähnten *Spiegel*-Interview spricht sich auch Fang Lizhi gegen eine Isolierung Chinas aus.

Daß die chinesische Regierung einem ihrer schärfsten Kritiker, den sie zudem noch als Haupträdelführer der Demokratiebewegung von 1989 bezeichnet, die Ausreise genehmigt, ist freilich auch ein innenpolitisches Signal, mit dem die Partei um Vertrauen unter den Intellektuellen und besonders unter den Auslandsstudenten werben will und das ihre Politik der Nachsicht gegenüber den Teilnehmern an den Demonstrationen des letzten Jahres dokumentieren soll. -st-

\*(19)

### Vorbereitungen für vierte Volkszählung abgeschlossen

Mitte Juni waren die Vorbereitungen für die vierte Volkszählung der VR China, die vom 1. Juli, Null Uhr, bis zum 10. Juli, 24 Uhr, durchgeführt werden soll, im wesentlichen abgeschlossen. Die drei ersten Volkszählungen fanden 1953, 1964 und 1982 statt. Wie von seiten des Staatlichen Statistischen Amtes verlautete, handelt es sich bei der jetzigen Volkszählung um die größte aller Zeiten. Fast 10 Millionen Zähler mußten organisiert werden, und die Kosten betragen einige hundert Millionen Yuan (RMRB, 3.6.90). Die Vorbereitungen, vor allem die Schulung der Zähler, laufen seit über einem Jahr. Wie ein Leitartikel der *Volkszeitung* vom 16. Juni betont, steht und fällt diese Volkszählung mit der Qualität der Registrierung. 7 Millionen Zähler müssen eine Bevölkerung von über 1,1 Milliarden Menschen regi-

strieren. Der Leitartikel appelliert an die Regierungen aller Ebenen, ihre Führung zu verstärken, und an die gesamte Bevölkerung, mitzuarbeiten, um die Volkszählung erfolgreich zu beenden. Dem gleichen Zweck diene eine Rundfunk- und Fernsehansprache des Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für das Erziehungswesen, Li Tiejing (abgedruckt in RMRB, 21.6.90).

In zahlreichen Artikeln wird immer wieder auf die Notwendigkeit einer qualitätvollen Arbeit hingewiesen, ein Indiz dafür, daß der letzte Zensus von 1982 mit großen Mängeln behaftet war. Ein Artikel in der *Volkszeitung* vom 28.6. ermahnt vor allem die Basis zu guter Arbeit. Um die Qualität der Zählung zu erhöhen, werden folgende Empfehlungen gegeben: 1. Das Auftreten von Fehlern muß verhindert werden; 2. bereits aufgetretene Fehler müssen verringert werden; 3. die Maximierung von Fehlern muß eingeschränkt werden. Die Vermeidung von Fehlern habe an der Basis zu beginnen. Dabei seien zwei Grundsätze zu beachten: 1. Alle Daten müssen doppelt gezählt werden, um bereits aufgetretene Fehler zu minimieren; 2. die Annahme darf nur nach vorheriger Prüfung erfolgen, um eine Maximierung der Fehler zu verhindern.

Wie der Leiter der Bevölkerungsabteilung des Staatlichen Statistischen Amtes erläuterte, weist die bevorstehende Volkszählung gegenüber den drei vorausgegangenen mehrere Besonderheiten auf, weil sie nicht mehr wie diese unter den Bedingungen der Planwirtschaft, sondern unter den Bedingungen einer relativ entwickelten "sozialistischen geplanten Marktwirtschaft" stattfindet. Als Besonderheiten führt er die folgenden Punkte an:

- Ein großer Teil der bäuerlichen Bevölkerung sei in die nichtlandwirtschaftliche Produktion übergewechselt. Die Zahl der Angestellten in Wirtschaftszweigen und Berufen, die eng mit der Marktwirtschaft verbunden sind, hat sich stark erhöht.
- Der Umfang der Wanderbevölkerung hat sich stark erhöht, insbesondere der mobilen Bevölkerung, die vom Lande kommt und in den Städten einer Arbeit nachgeht. Diese Bevölkerungsgruppe soll inzwischen 20 Millionen umfassen.
- Gegenwärtig sieht sich China einem neuen Geburtengipfel gegenüber.

Das Bevölkerungswachstum nimmt immer schneller zu. Ende 1989 soll die Bevölkerung auf dem chinesischen Festland 1,112 Milliarden betragen haben.

- Nach Einführung des Verantwortlichkeitssystems in der Landwirtschaft und der Aufhebung des Zuteilungssystems für Baumwolle und andere lebensnotwendige Waren ist die Bereitschaft der Einwohner, sich zu registrieren, deutlich gesunken und die Zahl der nicht in den Haushaltsregistern eingetragenen Personen gestiegen.
- In zahlreichen Dörfern ist die Erscheinung ziemlich verbreitet, daß Geburten über den Plan hinaus erfolgen. Nach Schätzungen soll die Zahl der nicht angemeldeten Babies an die zehn Millionen betragen.
- In allen Teilen der Gesellschaft ist der Informationsbedarf über die Bevölkerung sehr gestiegen. Alle hoffen, bald Informationsmaterial und verlässliche Analysen zu erhalten.

Ziel der bevorstehenden Volkszählung sei es, alle Personen mit der Staatsangehörigkeit der VR China und mit ständigem Wohnsitz innerhalb der Grenzen der VR China zu erfassen. Jeder muß sich an seinem ständigen Wohnsitz registrieren lassen, und jeder kann sich nur an einem Ort registrieren lassen. (RMRB, 4.6.90) -st-

---

## Kultur

---

\*(20)

### Erhöhung der Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen

Mit Wirkung vom 1. August 1990 an müssen alle Einheiten und Einzelpersonen, die der Produktsteuer, Mehrwertsteuer und Geschäftssteuer unterliegen, eine Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen von 2 Prozent zahlen. Eine entsprechende Neuregelung der "Vorläufigen Bestimmungen über die Erhebung einer Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen" war vom Staatsrat am 11.5.1990 verfügt und am 7.6.1990 verkündet worden (vgl. RMRB, 14.6.90). Bislang betrug die Ergänzungsabgabe 1 Prozent. Mit diesem Schritt ist die Regierung einer seit Jahren erhobenen Forderung nach Er-